

Mitteilungen aus dem Bundestag | DR. PANTAZIS berichtet - 22.09.2023

Liebe Freundinnen und Freunde, Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer, Liebe Braunschweigerinnen und Braunschweiger,

eine weitere Sitzungswoche im Deutschen Bundestag liegt zurück und ich befinde mich wieder auf dem Rückweg in die Löwenstadt.

In den letzten Wochen macht sich eine Atmosphäre in ganz Deutschland bemerkbar, die mich nachdenklich stimmt. Wir beobachten, wie die Not der Menschen von Populist:innen ausgenutzt wird, um Hass, Hetze und Zwietracht zu schüren.

Im vergangenen Jahr hatten viele Beobachter **eine schwere Rezession** erwartet. Heute wissen wir jedoch, dass Deutschland die Krisen besser gemeistert hat als erwartet, trotz einer schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage. Die russische Aggression gegen die Ukraine und die daraus resultierenden hohen Energiepreise, das zunehmend aggressive Verhalten Chinas auf der Weltbühne und der amerikanische Inflation Reduction Act stellen Deutschland als eine Exportnation vor erhebliche Herausforderungen.

Doch Deutschland ist nicht der "kranke Mann Europas", wie von der CDU behauptet, im Gegenteil. Die Führung eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers hat gezeigt, dass Deutschland durch diese Krise gut regiert wird!

Im Jahr 2022 hat die Bundesregierung insgesamt drei Maßnahmenpakete mit einem Gesamtvolumen von etwa 100 Milliarden Euro eingeführt, um die finanziellen Auswirkungen der drastisch gestiegenen Energiekosten auf die Bevölkerung und die Wirtschaft zu mildern. Zusätzlich hat die Bundesregierung einen wirtschaftlichen Schutzschirm gegen die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges aufgespannt, um die steigenden Energiekosten für Verbraucher:innen sowie Unternehmen zu lindern.

Etwa zwei Drittel des Koalitionsvertrags der Ampel sind bereits ganz oder teilweise umgesetzt worden, und das nach nur knapp zwei Jahren Regierungszeit. Wir haben konkrete Verbesserungen für die Bürger:innen erreicht: 12 Euro Mindestlohn per Gesetz, das neue Bürgergeld, gleiche Renten in Ost und West, mehr Wohngeld, Recht auf Ausbildung, Streichung § 219a, mehr Fachkräfte, Deutschlandticket, Vorfahrt für Erneuerbare und sozialer Klimaschutz.

Der von Olaf Scholz vorgeschlagene **Deutschlandpakt** setzt weiter an der Bewältigung der Krise an, indem wir Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum stärken.

Wir haben gezeigt: Die Ampel funktioniert und liefert und wird weiterhin liefern.

Euer Kitto





Gesundheitspolitische Schwerpunkte

Rede: Für mehr Transparenz und Qualität in Krankenhäusern

Nach 8 Jahren des Stillstands in der Krankenhauspolitik unter CDU-Bundesministern setzen wir als Fortschrittskoalition Krankenhaus-Transparenzgesetz - den sprichwörtlichen Startschuss für die tiefgreifendste, längst überfällige Krankenhausreform der letzten 20 Jahre.

Wer eine OP vor sich hat, braucht verlässliche Informationen darüber, in welchem Krankenhaus die bestmögliche Behandlung zu erwarten ist. Genau dafür sorgen wir! Mit dem Krankenhaus-Transparenzgesetz wird es ab dem kommenden Jahr ein Online-Infoportal geben, in dem die Patient:innen alle verfügbaren Krankenhausdaten einsehen können - etwa wie oft Eingriffe vorgenommen werden und wie viele Fachärzt:innen und Pflegende in der Klinik arbeiten.

Das Portal enthält auch Informationen darüber, wie oft Eingriffe nicht gut verlaufen sind. Viele dieser Daten werden zwar schon erhoben, sind aber bisher nur schwer einzusehen.

Mit dem Info-Portal packen wir den ersten Teil der Krankenhausreform an, die derzeit vorbereitet wird. In einem zweiten Schritt strukturieren wir das Krankenhauswesen neu. Unser Ziel ist dabei, die Qualität der Behandlungen zu verbessern und sicherzustellen, dass Kliniken nur das anbieten, was sie am besten können. So steht künftig Qualität und nicht Quantität im Fokus der medizinischen Versorgung.

Anlässlich des Krankenhaus-Transparenzgesetzes habe ich am Donnerstag vor dem Plenum gesprochen. Hier könnt Ihr Euch die Rede anschauen.



Hier könnt Ihr Euch die Rede auf YouTube anschauen

Ausbildungsvergütung für Pflegestudierende

Gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der Pflege sind der Schlüssel für mehr dringend benötigte Pflegekräfte. Wer Pflege an einer Hochschule studiert, soll künftig für die gesamte Dauer des Studiums eine angemessene Vergütung erhalten. Dies gilt auch für derzeitige Studierende. Vorgesehen ist zudem, dass der praktische Teil der hochschulischen Pflegeausbildung über das bestehende System der Pflegeausbildung finanziert wird. Die hochschulische Pflegeausbildung wird zum dualen Studium mit einem Ausbildungsvertrag. Die Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegefachkräfte werden vereinheitlicht und vereinfacht.

Damit soll dem **Fachkräftemangel** in der Pflege entgegengewirkt und das Pflegestudium attraktiver werden. Daneben werden die rechtlichen Rahmenbedingungen der beruflichen Pflegeausbildung weiter verbessert und an aktuelle Entwicklungen, etwa hinsichtlich der Digitalisierung, angepasst. Den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung haben wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten!



Viele Termine rund um die Krankenhausreform

Wir investieren viel Zeit und Energie in eine Verbesserung für die Versorgung in Deutschland. Auch in dieser Woche habe ich viele Termine zur Thematik Krankenhausreform wahrgenommen. In meiner Funktion als stellvertretender gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion war ich in dieser Woche im Reha-Zentrum Teltow zur Podiumsdiskussion als Redner von meinem lieben Freund und MdL Sebastian Rüter eingeladen, habe mich mit den Vertreter:innen des Verbundes Universitätsklinika Deutschland ausgetauscht und war als Gast bei der Landesgruppe Brandenburg, um zur großen Krankenhausreform Rede und Antwort zu stehen.



Wiederwahl in den Landesgruppenvorstand

Am Montag wurde ich im Rahmen der Vorstandswahlen als stellvertretender Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen/Bremen wiedergewählt. Ich bin sehr glücklich, auch weiterhin gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Vorstand Johann Saathoff, Frauke Heiligenstadt, Daniel Schneider und Sarah Ryglewski. Vielen Dank dafür! Wir freuen uns sehr, die Interessen unserer Regionen auch weiterhin im Bundestag vertreten zu dürfen!



Botschaften der Woche

Wir stärken die Schiene; Verkehr finanziert Verkehr

Durch die Erhöhung der LKW-Maut wird der Bund künftig mehr Geld auch in die Schiene investieren können. Wir ermöglichen, dass Straße die Schiene finanziert.

Mit dem **Bundesschienenwegeausbaugesetz** (**BSWAG**) legen wir die Grundlage für weitere Investitionen in das knapp 34.000 Kilometer lange Schienennetz des Bundes. Bisher gab es eine finanzielle Trennung von Instandhaltung und sogenannten Ersatzinvestitionen, die in der Praxis die Modernisierung des Schienennetzes häufig bremste.

Künftig können die Maßnahmen jetzt schneller, optimiert und gebündelt umgesetzt werden. So kann das Bahnnetz zügig generalsaniert und gleichzeitig modernisiert werden - ein wichtiger Schritt, um die Schiene als klimafreundlichen Verkehrsträger zu stärken.

Für die Kosten verkehrsbedingter **CO2-Emissionen** führen wir eine neue Komponente bei der LKW-Maut ein. Diese besteht aus einem **CO2-Aufschlag** in Höhe von 200 Euro pro Tonne CO2. Außerdem weiten wir die **Mautpflicht** auf Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen aus.

Wir bilden so die tatsächlichen Kosten der Mobilität immer besser ab und schaffen einen Anreiz, möglichst emissionsarme Nutzfahrzeuge einzusetzen und Transporte auf Schienen oder Wasserstraßen zu verlagern.



Energieeffizienzgesetz: Wärmewende durch mehr Energieeffizienz zum Erfolg führen!

Erneuerbare Energien sind ein zentraler Baustein für das Gelingen der Energiewende. Die Entwicklung der Energiepreise in den vergangenen Monaten hat aber auch gezeigt: Mindestens genauso wichtig ist es, den Energieverbrauch deutlich und dauerhaft zu reduzieren.

Deshalb hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Steigerung der Energieeffizienz

- das sogenannte Energieeffizienzgesetz (EnEfG) - in den Bundestag eingebracht, welches

in dieser Woche abschließend vom Bundestag beraten wurde.

Mit dem EnEfG wird erstmals ein gesetzlicher Rahmen zur Senkung des Gesamtenergieverbrauchs in Deutschland geschaffen. Die öffentliche Hand soll bei der Energieeffizienz eine Vorbildfunktion einnehmen. In den parlamentarischen Beratungen haben wir erreicht, dass dies auch für die privaten Akteure gilt, die mehrheitlich durch institutionelle Zuwendungen des Bundes oder der Länder finanziert werden.

Bund und Länder werden dazu verpflichtet, bis 2030 Energie in Höhe von 45 Terrawattstunden TWh (Bund) und 3 TWh (Länder) einzusparen. Weiter haben wir uns darauf geeinigt, dass Unternehmen bereits ab 7,5 Gigawattstunden (GWh) Jahresenergieverbrauch statt der ursprünglich vorgeschlagenen 15 GWh erfasst sind.

Sie müssen dann Energie- oder Umweltmanagementsysteme einführen und ihre Energieeinsparmaßnahmen in konkreten Plänen erfassen und veröffentlichen. Unternehmen sollen künftig entstehende Abwärme so weit wie möglich vermeiden und die unvermeidbare Abwärme weitgehend reduzieren oder besser nutzen. Mit der dynamisch steigenden Datenverarbeitung in Rechenzentren steigt dort der Stromverbrauch und die erzeugte Abwärme. Für Rechenzentren wurden daher erstmals Effizienz- und Abwärmeanforderungen eingeführt.

Sie müssen dann Energie- oder Umweltmanagementsysteme einführen und ihre Energieeinsparmaßnahmen in konkreten Plänen erfassen und veröffentlichen. Unternehmen sollen künftig entstehende Abwärme so weit wie möglich vermeiden und die unvermeidbare Abwärme weitgehend reduzieren oder besser nutzen. Mit der dynamisch steigenden Datenverarbeitung in Rechenzentren steigt dort der Stromverbrauch und die erzeugte Abwärme. Für Rechenzentren wurden daher erstmals Effizienz- und Abwärmeanforderungen eingeführt.

Fachschüler:innen und Studierende können jetzt noch die Einmalzahlungen beantragen!

Noch bis zum **30. September** ist es möglich, die Einmalzahlung für alle Studierende und Fachschüler:innen, die zum **1. Dezember 2022** an einer deutschen Hochschule immatrikuliert waren, zu beantragen.

Damit erreichen wir aktuell 2,95 Millionen Studierende und etwa 450.000 Fachschüler:innen. Es ist wichtig, dass das Geld jetzt schnell ankommt. Die Einmalzahlung kann online über www.einmalzahlung200.de beantragt werden. Dafür wird ein BundID-Konto sowie die Funktion des Online-Ausweises oder ein Elster-Zertifikat benötigt. Ich freue mich sehr, dass durch Einmalzahlung Menschen in Ausbildung unterstützt und in diesen herausfordernden Zeiten entlastet werden können!



www.einmalzahlung200.de (hier klicken)

"Mitteilungen aus dem Bundestag | DR. PANTAZIS berichtet" erhebt-wie immer-nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Wenn du Fragen, Anregungen oder Kritik haben solltest, zögere bitte nicht, mich telefonisch unter Tel.: +49 531 4809 822 |Fax.: +49 531 4809 850, per Mail unterchristos.pantazis@bundestag.deoderpostalisch unter Wahlkreisbüro DR. PANTAZIS MdB | Schloßstraße 8 | 38100 Braunschweig zu kontaktieren.

Herzliche Grüße Dein Dr. Christos "Kitto" Pantazis